

Beschlussempfehlung

Ausschuss
für Rechts- und Verfassungsfragen

Hannover, den 14.02.2007

Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zwischen dem Land Niedersachsen und dem Land Nordrhein-Westfalen über die Übertragung von Aufgaben nach § 9 Abs. 1 und § 10 des Handelsgesetzbuchs zur Errichtung und zum Betrieb eines gemeinsamen Registerportals der Länder

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 15/3437

Berichterstatter: Abg. André Wiese (CDU)

Der Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen empfiehlt dem Landtag, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

Elke Müller
Stellv. Vorsitzende